





































Autonome/Kampf gegen das System

Randale und Nele bringen ganz schön krasse Sprüche. Sie zahlen sich selbst zur autonomen Szene, die von einer dreifachen Unterdrückung in unserer Gesellschaft ausgeht: durch den Kapitalismus, den Rassismus und das Patriarchat (Vorherrschaft von Männern über Frauen). Linksextremistische Autonome wollen dagegen eine Gesellschaft völlig ohne Herrschaft und Unterdrückung erkämpfen. Dieser "Kampf" richtet sich gegen das "System", das nach Ansicht von Linksextremisten aus einer "bürgerlichkapitalistischen Gesellschaft" und ihren Hierarchien besteht. Nach dieser Ansicht dienen Staat, Gesetze und Verhaltensregeln nicht einem sinnvollen Miteinander zwischen den Menschen, sondern produzieren zwängsläufig soziale Ungerechtigkeit, Faschismus und Rassismus. In diesem Weltbild sind z.B. Politiker, Polizisten und Ämter nur "Handlanger des Staates", während Rechtsextremisten ("Faschos") als direkte politische Gegner angesehen werden. Sowohl "Staat" als auch "Faschos" stellen damit automatisch ein Feindbild für Autonome dar.



Weil sie feste Regeln ablehnen und im ständigen Widerspruch zum "System" leben, befürworten Autonome im "Kampf" dagegen auch den Einsatz von Gewalt.







































Ben ist total genervt, dass er für seinen Einsatz für die Fabrik auch noch festgenommen wird. Schließlich hat er doch nur auf eine Brücke, die sowieso keinem gehört, ein bisschen Farbe gesprüht und niemanden verletzt, meint er.

Gewalt gegen Sachen

Es ist aber schon dann Sachbeschädigung (geregelt in Paragraf 303 des Strafgesetzbuchs), wenn man einen Gegenstand verunstaltet – schließlich möchte jeder selbst entscheiden, ob auf seinen Sachen bestimmte Sprüche oder Bilder zu sehen sind oder nicht. Ben würde sich auch "bedanken", wenn irgendwer einfach so etwas auf seine Klamotten schreiben würde. Auch die Brücke gehört jemandem - der Stadt oder dem Land oder einer Privatperson. Die müssen natürlich nicht hinnehmen, dass jedermann nach seiner Laune ihre Flächen für "Mitteilungen" nutzt.

Aufgabe der Polizei ist es, Straftaten zu verhindern und die Täter zu ergreifen. Das gilt nicht erst für Täten, bei denen jemand verletzt wird, sondern auch schon, wenn fremdes Eigentum betroffen ist – zum Beispiel durch Diebstahl oder eben durch Sachbeschädigung. Gäbe es hiergegen keine Gesetze und würde die Polizei nicht eingreifen, könnte es dazu kommen, dass private Eigentümer sich selbst zu ihrem "Recht" verhelfen, notfalls mit körperlicher Gewalt – und dann ginge es nur noch darum, wer stärker oder brutaler ist.













Worüber hat Ayshes Vater ihr genau berichtet?
Auch in anderen Ländern gibt es linksextremistische Organisationen, von denen einige auch in Deutschland aktiv sind und zum Teil mit deutschen Gruppen zusammenarbeiten.

Ausländische Ausländische Innksextremistische Organisationen Organisationen

Alle linksextremistischen Gruppierungen treten für die
"revolutionäre Zerschlagung" der Gesellschaftsordnungen in ihren
Heimatstaaten ein, um dort sozialistische bzw. kommunistische Systeme
einzurichten. Dazu werden immer wieder gewaltlätige, teilweise sogar
terroristische Mittel eingesetzt.

In Deutschland organisieren diese Linksextremisten Solidaritätsaktionen oder -demonstrationen. Sie sammeln – mitunter auch mit erpresserischen Methoden – Unterstützung und Geld von den hier lebenden Ausländern oder aus den Heimatländern eingewanderten Personen, Grundlage der linksextremistischen Gruppen im Ausländerextremismus sind meist marxistisch-leninistische Ideologien, in einigen Fällen auch maoistische Ideen (siehe dazu im Anhang Seite 30/31).























Oh Mann, Ben versteht nur Bahnhof, aber alle anderen scheinen begeistert zu sein. Die Frau, die hier auf die Leute einredet, ist eine Linksextremistin. Aber warum erzählt sie so ein kompliziertes Zeug?

Sie ist davon überzeugt – übrigens wie alle Extremisten –, dass ihre Ideologie als einzige die Welt, in der wir leben, richtig erklärt und dass sie deshalb ganz genau weiß, was zu tun ist

Genau wie die linksextremistischen Autonomen (siehe Einschub auf Seite 8) will sie das jetzige wirtschaftliche und das politische System in Deutschland nicht verbessern, sondern abschaffen. Sie behauptet, dass der Staat – und damit auch die Polizei, Ämter, Gerichte und die Bundeswehr – nur den Interessen des Kapitals dienen. Der Kapitalismus wird für jede Art von Ungerechtigkeit verantwortlich gemacht. Und noch schlimmer: Dem Staat wird pauschal vorgeworfen, faschistisch zu sein. Dass diese Frau nur deshalb ihre Meinung so frei äußern kann, weil in Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat besteht, sagt sie ihrem Publikum natürlich nicht.



Linksextremistische Ideologie und Agitation

Linksextremistische Ideologie hat viele Gesichter und wird deshalb im Anhang ab Seite 29 ausführlicher erläutert.

























Aufklärung über die Hitler-Diktatur und die Bekämpfung des Rechtsextremismus sind in der Bundesrepublik auch eine staatliche Aufgabe und eine wesentliche Grundlage für die politische Arbeit demokratischer Parteien und Organisationen. Klar ist: Alle Demokraten sind gegen Extremismus, von "rechts", von "links" oder sonstwoher.

Antifaschismus

Was hat es dann zu bedeuten, wenn sich Linksextremisten als "Antifaschisten" bezeichnen? Linksextremisten verstehen sich nicht einfach als Gegenpol zu Rechtsextremisten. Mit dem Begriff "Antifaschismus" verfolgen sie weitergehende Ziele. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Bekämpfung des Staates und des Kapitalismus, in dem sie die eigentliche Ursache und Wurzel des Faschismus sehen. In diesem Sinne beteiligen sie sich oft an Demonstrationen gegen Rechtsextremisten oder veranstalten diese selbst: nicht, um die bestehende demokratische Ordnung zu stärken, sondern um zu beweisen, dass ihre Ideen besser als die jetzige Staats- und Wirtschaftsform sind. Vor allem sprechen Linksextremisten mit dem Slogan "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" ihrem politischen Gegner alle demokratischen Rechte ab, zu denen natürlich auch das Recht zu demonstrieren gehört.

Die autonome Antifa wendet sogar unter der Parole "Antifa heißt Angriff" bei ihren Aktionen häufig Gewalt an. Diese richtet sich dann sowohl gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten als auch gegen die Polizei, die das demokratische Recht aller Bürger – also auch von Rechtsextremisten – auf friedliche Demonstration schützen muss (siehe Einschub Seite 24).

















Autonome Nationalisten

Yo, Mann.

Da sind ja Magda und Eisenheinrich wieder, die wir schon aus Andi 1 kennen. Sie gehören mittlerweile zu den "Autonomen Nationalisten". Bei diesen "Autonomen Nationalisten" handelt es sich um eine neue Generation von Neonazis im Alter von 16 bis 23 Jahren, die sowohl den Kleidungsstil als auch die Taktik weitgehend von linken Autonomen kopiert haben. Zu nennen sind vor allem die schwarze Kleidung ("schwarzer Block") und die im Graffiti-Stil gestalteten Transparente. "Autonome Nationalisten" verfügen über keine einheitliche feste Ideologie, sondern vertreten so etwas wie einen "nationalen Sozialismus", also einfach gesagt einen Sozialismus, der je nach Interpretation nur "Deutschen" oder nur "Weißen" zugutekommt. Auch die rechten Autonomen sind gewaltbereit und sehen ihre Gewalt - ähnlich wie die linken Autonomen - als Selbstverteidigung entweder gegen den verhassten Staat oder den politischen Gegner. Seht doch noch mal in Andi 1 nach, da findet ihr mehr Infos zum Thema Rechtsextremismus.

















Ben kann nicht begreifen, wieso die "Faschos" auch noch von der Polizei beschützt werden. In seinen Augen unterstützt der Staat damit die Parolen und Ansichten dieser Leute!

Ein Rechtsstaat, in dem es auch ein Recht auf freie Meinung (Artikel 5 des Grundgesetzes) und friedliche Versammlungen (damit also auf Demonstrationen; Artikel 8 des Grundgesetzes) gibt, kann aber nicht nur Demos erlauben, die inhaltlich allen Menschen gefallen. Damit eine Mehrheit nicht einfach die Meinungen von Minderheiten erdrücken" kann, muss der Staat manchmal auch aktiv dabei helfen, das Demonstrationsrecht wahrzunehmen, notfalls durch Polizeischutz. Auch dabei kann es nicht darauf ankommen, ob Polizei oder Staat derselben Meinung sind wie die demonstrierende Minderheit.

Demonstrationsrecht

Erst wenn das Demonstrationsrecht missbraucht wird, kann eine Demonstration verboten oder abgebrochen werden. Das Demonstrationsrecht besteht ja zum einen nur für friedliche Versammlungen, zum anderen sind auch bestimmte Äußerungen verboten, weil sie Straftaten darstellen, z.B. das Tragen von Nazi-Symbolen, die Leugnung des Holocaust oder der Aufruf zu (weiteren) Straftaten. So lange die Inhalte aber nicht seibst strafbar sind, garantiert das Demonstrationsrecht eine ungestörte und ungefährdete Demonstration für alle.



































WAS IHR SCHON IMMER ÜBER LINKSEXTREMISMUS WISSEN WOLLTET:



Heute gibt es eine demokratische und eine undemokratische, also extremistische Linke in Deutschland. Eine demokratische Linke verfolgt ein politisches Leitbild, das die sozialistischen Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität) auf freiheitlich demokratischem Wege, das heißt durch Reform und Demokratisierung, zu verwirklichen sucht. Linksextremisten dagegen streben die Überwindung der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland an.

"Links" zu sein hat also erstmal gar nichts damit zu tun, Extremist zu sein.

WAS IST LINKSEXTREMISMUS?

Linksextremismus hat viele Gesichter. Einig sind sich alle Linksextremisten aber darin, dass sie unsere heutige Demokratie überwinden wollen. Einige meinen, dass überhaupt keine Regeln für ein politisches System festgelegt werden müssten. Sie wollen eine "Ordnung ohne Herrschaft" und verstehen sich selbst als **Anarchisten**. Andere sehen die Demokratie durch die Marktwirtschaft, die sie als Kapitalismus bezeichnen, entwertet. Demokratie, glauben sie, funktioniert nur, wenn der Staat die Wirtschaft organisiert und bestimmt, was produziert wird. Diese Fraktion nennt sich **Kommunisten**.

Auf den nächsten Seiten gibt es noch weitere Informationen zu den vielen Gesichtern des Linksextremismus.

Würden sich Linksextremisten durchsetzen, wären unsere garantierten Grundrechte (siehe zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung Seite 37) und die parlamentarische Demokratie stark gefährdet. Das anarchistische Ideal ist eine Utopie, die noch nie verwirklicht wurde. Das kommunistische Konzept mündete unter Lenin und Stalin in Diktatur und Terror. Mit ihm wurden auch in der DDR die Unterdrückung der Bevölkerung bis hin zu willkürlichen Inhaftierungen bis 1989 gerechtfertigt.

WAS IST SOZIALISMUS?

Der Sozialismus ist eine geistig-politische Strömung, die eine Neugestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zugunsten von mehr Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit anstrebt. Insoweit handelt es sich um eine Gegenbewegung vor allem zum historischen Kapitalismus des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, der tatsächlich durch krasse Formen der Ausbeutung und durch soziale Ungerechtigkeit gekennzeichnet war.



Sozialismus ist eine politische Idee, die in der Arbeiterbewegung entstand und die Emanzipation sozial benachteiligter Menschen zum Ziel hat. Deshalb ist Sozialismus nicht automatisch extremistisch, sondern hat als Sozialdemokratie die wahrscheinlich längste demokratische Tradition in Deutschland. Erst die Kommunisten haben durch die Spaltung der Arbeiterbewegung 1917 einen Teil der sozialistischen Idee in Zusammenhang mit Diktatur und Gewalt gebracht (siehe unten *Marxismus-Leninismus*).

WAS IST MARXISMUS?

Nach der auf Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895) zurückgehenden Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus wird das politische, geistige, kulturelle und sonstige Leben in einer Gesellschaft durch die ökonomischen Strukturen und Verhältnisse bestimmt. Die marxistische Theorie versteht sich zugleich als Wissenschaft und Handlungsanleitung. Ziel ist eine klassenlose Gesellschaft, in der, wie Marx schrieb, "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". In einer neuen Gesellschaft soll das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und damit der Gegensatz von Kapital (Arbeitgebern) und Arbeit (Arbeitnehmern) aufgehoben sein. Diese neue Ordnung müsse aber in Klassenkämpfen und letztlich in einer Revolution des Proletariats (also der Arbeiter) erkämpft werden. Nach einer vorübergehenden "Diktatur des Proletariats" wird dieser Prozess laut Marx automatisch in eine kommunistische klassenlose Gesellschaft münden.

WAS IST MARXISMUS-LENINISMUS?

Der Marxismus wurde von Wladimir Iljitsch Uljanow, Parteiname: Lenin (1870 – 1924), von einer wissenschaftlichen Theorie über die frühkapitalistischen Gesellschaften zur Staatsideologie und Handlungsanweisung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und für den internationalen Klassenkampf uminterpretiert.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist der Sozialismus nur die erste Entwicklungsstufe der neuen Gesellschaft nach dem Kapitalismus. Er ist geprägt durch die "Diktatur des Proletariats" und durch die gesellschaftlich in allen Bereichen führende Rolle der kommunistischen Partei.

Nach Lenin bedeutet die "führende Rolle der Partei", dass die gesamte Gesellschaft auf den "Aufbau des Sozialismus" ausgerichtet wird. Abweichende Meinungen und Gruppen werden unterdrückt bzw. eliminiert. Es gibt keine Freiheit zur Kritik an Maßnahmen der Partei. Nach marxistisch-leninistischen Vorstellungen kann die Partei niemals irren.

WAS IST KOMMUNISMUS?

Der Kommunismus ist für Anhänger der marxistischen Lehre die höchste Form der gesellschaftlichen Entwicklung. In dieser Gesellschaftsordnung ist das Privateigentum weitgehend abgeschafft. Voraussetzung dafür ist der Aufbau des Sozialismus. Weil nach kommunistischer Vorstellung der Staat lediglich zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere benötigt wird, kann er nach Vernichtung der Kapitalistenklasse "absterben".

WAS IST STALINISMUS?

Der Name von Lenins Nachfolger: Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, später Josef W. Stalin (1879 – 1953), steht für eine ganze historische Periode der sowjetischen Geschichte. Seine auf den Theorien Lenins fußende Lehre sah die Sowjetunion als "ersten Arbeiterstaat" dazu legitimiert, den "internatonalen Kommunismus" weltweit anzuführen. Der Stalinismus steht vor allem für eine blutige Diktatur, Terror und Misswirtschaft. Neben den massenhaften "Säuberungen", das heißt der gezielten Ermordungen von "feindlichen Klassen", aber auch angeblicher "Abweichler" innerhalb der kommunistischen Partei, kosteten die Zwangsvergesellschaftung der Landwirtschaft und der rücksichtslose Aufbau der Schwerindustrie insgesamt rund 20 Millionen Menschen das Leben.

WAS IST TROTZKISMUS?

Das auf Leo Trotzki (1879 – 1940) zurückgehende Modell des Sozialismus stellt keine in sich geschlossene eigenständige Lehre, sondern eine Variante des Marxismus-Leninismus dar, die vor allem aus der Opposition von Trotzki zu Stalin entstanden ist. Trotzkisten bezeichnen sich selbst als "Bolschewisten-Leninisten", um ihre Nähe zu Lenin zu betonen, und betrachten sich als Anhänger des "reinen" Marxismus. Trotzki war der Überzeugung, eine einmalige Revolution reiche nicht aus, man müsse vielmehr zu einer dauernden, permanenten Revolution kommen.

WAS IST MAOISMUS?

Unter der Führung von Mao Tse-Tung (1893 – 1976) bildeten sich in China nach dem kommunistischen Sieg 1949 eine Theorie und Praxis heraus, die sich als konkrete Anwendung und kritische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus auf die speziellen Bedingungen Chinas verstehen. Die Ideen Maos waren Vorbild für große Teile der nach 1968 entstandenen "Neuen Linken" auch in Deutschland. In China wurden unter Mao rücksichtslos zur Durchsetzung der revolutionären Ziele und zur "Säuberung" der Gesellschaft von "Klassenfeinden" über Jahrzehnte bis zu 60 Millionen Menschen ermordet.



WAS IST ANARCHISMUS?

Anarchismus war ursprünglich eine soziale Idee aus dem 19. Jahrhundert. Sein Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die im Unterschied zum Sozialismus und Kommunismus auf der Basis völliger Freiwilligkeit geordnet werden soll. Es wird jede Form der Regierung abgelehnt und behauptet, dass Menschen auch ohne gesellschaftliche Regeln konfliktfrei zusammenleben können.

Eine politische Aktionsform des Anarchismus gegen angeblich unterdrückerische Verhältnisse, die auch von Autonomen (siehe Einschub auf Seite 8) ausgeübt wird, ist die "direkte Aktion". Dazu zählen Streiks, Boykotte, Sabotage oder auch spontane militante Aktionen aller Art. Gewalt gegen Symbole und Einrichtungen des Staates wird durchweg akzeptiert. So besteht zum Beispiel unter den Autonomen Übereinstimmung, dass körperliche Gewalt gegen "Repräsentanten des Schweinesystems", gegen "Bullen" und "Faschos" angewendet werden dürfe.

WAS SIND ANTIDEUTSCHE?

Die "Antideutschen" sind eine Ausnahmeerscheinung im Linksextremismus. Sie kämpfen zwar auch für ein kommunistisches System, sind aber überzeugt davon, dass die Voraussetzung hierfür die Ablehnung alles "Deutschen" als Ursprung des Nationalsozialismus und die uneingeschränkte Solidarität mit dem Staat Israel ist. Israel wird vor allem als Bollwerk gegen den Antisemitismus (also den Hass gegen Juden) gesehen. Kurz: Antideutsche glauben fest daran, dass "links" automatisch heißen muss, gegen Deutschland und für Israel – sowie für die USA als Israels wichtigsten Verbündeten – zu sein. Dazu gehören sogar die für Linke ungewöhnliche Befürwortung des Irakkriegs und die Unterstützung der Regierung des früheren US-Präsidenten George W. Bush.

Die Position der Antideutschen führt zwangsläufig zu Konflikten mit der Mehrheit der kommunistischen und autonomen Linken, die üblicherweise der Politik der USA und Israels sehr kritisch gegenüberstehen und die traditionell pro-palästinensisch ausgerichtet sind. Die Rechtfertigung von Kriegen und militärischen Interventionen laufen eigentlich linken Überzeugungen zuwider. Der stets kompromisslos vertretene Standpunkt und das provokante Auftreten der Antideutschen, zum Beispiel das Schwenken der Nationalflaggen Israels und der USA auf linken Demonstrationen, führten bereits zur Spaltung linker Gruppen und sogar zu Schlägereien.



WELCHES VERHÄLTNIS HABEN LINKSEXTREMISTEN ZUR GEWALT?

Einer der umstrittensten Punkte – auch unter Linksextremisten – ist die Anwendung von Gewalt als Mittel zum gesellschaftlichen Umsturz. Immer wieder wird die politisch motivierte Gewalt als erlaubtes und geeignetes Mittel angesehen, um linksextremistische Vorstellungen zu verwirklichen. Besonders wenig Probleme mit der Ausübung von Gewalt hat der aktionsorientierte Linksextremismus, der sich vor allem auf der Straße zeigt.

Insbesondere Autonomen (wie in der Comicgeschichte Randale und Nele) geht es darum, Demonstrationen und andere öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Entscheidend für Autonome ist die Ablehnung des politischen und gesellschaftlichen Systems. Die Demokratie soll also nicht durch Reformen verbessert, sondern durch eine Revolution beseitigt werden. Gewalt wird hauptsächlich gegen Symbole und Vertreter des ihnen verhassten Staates (wie Polizisten, Soldaten, Kasernen usw.) oder des Kapitalismus (wie teure Autos) ausgeübt. Es gab sogar schon linksextremistische Terroristen in Deutschland, nämlich die "Rote Armee Fraktion" (RAF), die in den 1970er und 80er Jahren viele Menschen aus politischen Gründen entführt und ermordet hat.

Gewaltsames Vorgehen jeder Art ist nicht nur verboten (siehe hierzu Seite 35), es missachtet die durch demokratische Prozesse getroffenen Entscheidungen der Mehrheit der Gesellschaft. Und wie Ihr in der Comicgeschichte gesehen habt, leiden nicht selten vollkommen unbeteiligte Menschen, wie der Kioskbesitzer, unter linksextremistisch motivierter Gewalt und Zerstörung.



GEWALT / GEWALTMONOPOL PES STAATES

Anderen Menschen Gewalt anzutun ist, wie Ihr wisst, verboten. Man darf nicht einfach mit brutalen Mitteln seinen Willen durchsetzen und andere schädigen. Bürgerinnen und Bürger dürfen nur in Ausnahmefällen Gewalt anwenden: zum Beispiel, wenn sie bedroht wurden und in Notwehr handelten. Notwehr bedeutet, dass es keine andere Möglichkeit gab, sich zu verteidigen. Ob aber eine Handlung tatsächlich als Notwehr zu beurteilen ist, oder ob dies nur vorgeschoben wird, um eine Gewalttat zu vertuschen, prüfen Gerichte im Ernstfall sehr genau.

Durch das Gewaltmonopol des Staates ist sichergestellt, dass nicht das Recht des Stärkeren herrscht bzw. jeder nach eigenen Vorstellungen wild um sich schlagen oder anderen Menschen Schaden zufügen kann. Nur der Staat darf zur Durchsetzung des Rechts Gewalt anwenden - nach genau festgelegten Regeln. Für ein geordnetes und friedliches Zusammenleben ist dabei das richtige Maß von entscheidender Bedeutung: Das Mittel der Gewalt darf nicht willkürlich eingesetzt werden. Sofern es notwenig ist, muss der Staat aber zur Sicherstellung der Rechte seiner Bürger entschlossen handeln, sonst werden die Bürger häu-

figer versuchen, sich selbst zu helfen. Dann besteht die Gefahr, dass Selbstjustiz und "Faustrecht" angewandt werden, bei dem Schwache und Minderheiten keine Chance hätten.

Wenn vom Gewaltmonopol des Staates gesprochen wird, ist also damit gemeint, dass nur der Staat Gewalt anwenden darf – und das nur in Ausnahmefällen. Der Staat muss Recht und Gesetz schützen, wenn sie bedroht sind. Dieses Gewaltmonopol übt die Polizei aus, zum Beispiel um einen bewaffneten Bankräuber zu stoppen oder um Terrorakte zu verhindern. Die Anwendung körperlicher Gewalt ist auch für staatliche Stellen nur zulässig, wenn sie dem "Grundsatz der Verhältnismäßigkeit" genügt: also nur, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt.

Dieses Prinzip gefällt Leuten wie Randale und Nele überhaupt nicht. Mit Blick auf die von vielen Linksextremisten vertretene Vision einer herrschaftsfreien Gesellschaft fühlen sich vor allem Autonome einer ständigen Unterdrückung durch Staat und Gesellschaft ausgesetzt. Mit dem Begriff "strukturelle Gewalt" setzen sie jede Form gesellschaftlicher Machtstrukturen mit der Ausübung körperlicher Gewalt gleich und versuchen damit gleichzeitig, ihren Anspruch auf Widerstand bzw. "Gegengewalt" zu rechtfertigen. Das gilt zum Beispiel, wenn Polizisten angegriffen werden, die eine legale, also nicht verbotene Demonstration von Rechtsextremisten schützen. Linksextremisten sagen, die Polizei schütze die "Faschisten", weil sie eigentlich heimlich mit ihnen unter einer Decke stecke und der Staat sowieso quasi "faschistisch" sei. In Wirklichkeit verteidigt die Polizei in einem solchen Fall aber das Grundrecht auf Demonstration (Artikel 8 des Grundgesetzes), auf das sich auch Rechtsextremisten berufen können. Die Polizei muss das Recht auf eine friedliche Versammlung verteidigen. Dabei spielt das politische Pogramm, für welches demonstriert wird, keine Rolle, solange von den Demonstranten die polizeilichen Auflagen eingehalten und keine Straftaten verübt werden.

Trotzdem kommt es bei Demonstrationen immer wieder zu Gewalt. Auch wenn Extremisten es anders behaupten: Steine werfen darf niemals ein Mittel politischer Willensbildung sein. Straßenkämpfe mit der Polizei sind für einige Linksextremisten wie ein Ritual – einzig mit dem Ziel, gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei zu haben.

In der Comicgeschichte seht Ihr, wozu das führen kann: Randale und Nele gehören zu einer Gruppe, die aus politischen Gründen gewalttätig ist und Steine wirft. Und sie denken sogar, dass sie damit für eine gerechte Sache einstehen. Das Resultat ist aber, dass der Kiosk abbrennt und der Kioskbesitzer, der sonst immer ein kühles Getränk für Andi und die Freunde hatte, seine Existenz verliert. Nicht nur Ben merkt, dass diese Gewalt auf keinen Fall richtig oder gerecht ist, sondern Unrecht.

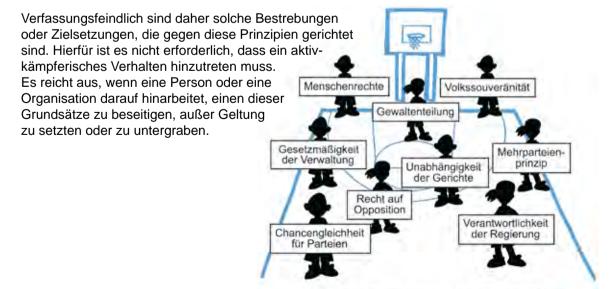


DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

Der Begriff der "freiheitlichen und demokratischen Grundordnung" wird zwar im Grundgesetz erwähnt, aber weder im Grundgesetz noch in den anderen (einfachen) Gesetzen erläutert. Das Bundesverfassungsgericht hat dies 1952 und 1956 im Rahmen von zwei Urteilen gegen verfassungswidrige Parteien nachgeholt und bezeichnet die freiheitliche und demokratische Grundordnung als eine Ordnung,

"die nur unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen:

- : die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- : die Volkssouveränität,
- : die Gewaltenteilung,
- : die Verantwortlichkeit der Regierung,
- : die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- : die Unabhängigkeit der Gerichte,
- : das Mehrparteienprinzip und
- : die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."





KENNT IHR DIE ERSTEN BEIDEN ANDI-HEFTE SCHON? WENN NICHT SOLLTET IHR DIE ABER DRINGEND ORDERN ODER RUNTERLADEN ...

"Tage wie dieser ..." kommen an vielen Schulen vor. Was Andi, Ayshe, Ben und die anderen in Heft 1 erleben, kann auch Euch passieren. Rechtsextremisten versuchen, Menschen in Eurem Alter mit ihrer fremdenfeindlichen und antidemokratischen Propaganda zu ködern. Lest und erlebt selbst, wie Andi und seine Mitschüler mit dieser Herausforderung umgehen.





Wie schon in der ersten Andi-Geschichte versuchen Extremisten Jugendliche mit ihrer Propaganda zu ködern. Diesmal sind es radikale Islamisten, die Ayshe, Andi und den anderen das Leben schwer machen.

Dabei geht es ganz klar nicht um den Islam als Religion, sondern um den religiösen Extremismus einer gefährlichen Minderheit. Wie verhalten sich die Freunde, als Murat immer weiter in die islamistische Szene abrutscht?

Diese Handreichung ergänzt das Heft "Andi 2" und unterstützt dessen Einsatz im Unterricht für Politiklehrkräfte. Es kann mit den einzelnen Stundenentwürfen sehr flexibel gearbeitet werden. Sie bieten eine Grundlage für die konkrete Arbeit mit der Klasse und können je nach der Zusammensetzung der Schülergruppe, der Schulform und der Intention der Unterrichtsreihe modifiziert werden.





Toll, dass ihr Euch für "Andi" interessiert! Die Hefte sind online bestellbar unter www.andi.nrw.de. Dort kann auch alles im PDF-Format runtergeladen werden. Bei großen Bestellmengen (über 100 Exemplare) bitte unter Angabe der Institution bei kontakt@andi.nrw.de melden.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen Haroldstraße 5 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01 Telefax: 0211/871-3355 poststelle@mik.nrw.de www.mik.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821 Telefax: 0211/871-2980 Kontakt@andi.nrw.de www.andi.nrw.de

www.mik.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

Bestellung.Verfassungsschutz@mik.nrw.de www.mik.nrw.de/publikationen

Stand: 2. Auflage November 2010

Druck: DCM Druckcenter Meckenheim GmBH Zeichnerische Umsetzung: Peter Schaaff



'Laute Musik auf die Ohren und der Tag ist nicht verloren' – Bens Wahlspruch führen ihn und Andi in das neue Autonome Zentrum, ein besetztes Haus in der Innenstadt. Beim Rock-Konzert dort treffen sie Randale und Nele.

Bens Freunde aus Kindertagen gehören jetzt zur linksextremistischen Szene und können ihn für ihre Vorstellungen, wie eine bessere Welt zu schaffen ist, begeistern: Er macht mit bei den **Autonomen** und marschiert im **Schwarzen Block**. Schon bald gibt es Stress – auch mit Magda und Eisenheinrich von den **Autonomen Nationalisten** ...

Andi, Ayshe und Murat sind erschrocken über die radikalen Veränderungen bei ihrem besten Kumpel. Was können sie tun?



Jede Menge Infos zu den Themen **Demokratie** und **Extremismus** gibt es auch im Netz unter www.andi.nrw.de.